

Several thick, colorful lines (blue, orange, green, red) enter from the left side of the page, loop around, and then extend horizontally towards the right, ending near the GEW logo. These lines are decorative and frame the main text.

Bildung. Weiter denken!

A smaller version of the GEW logo, featuring the letters 'GEW' in white on a red slanted background, positioned at the end of the horizontal lines.

Genug gespart! Bildung stärken!

Die GEW ergreift bundesweit eine umfassende politische Initiative, die das Ziel verfolgt, die finanzielle Ausstattung der Bildung entscheidend zu verbessern.

Bundesweite GEW-Initiative

// Die GEW ergreift bundesweit eine umfassende politische Initiative, die das Ziel verfolgt, die finanzielle Ausstattung der Bildung entscheidend zu verbessern. Am 22. September startete die Initiative „Bildung. Weiter denken!“ mit einer Pressekonferenz in Berlin. //

Die GEW-Bundesvorsitzende Marlis Tepe und die 16 Landesverbände verfolgen mit der gemeinsamen Initiative ein klares Ziel: Bildung muss bei der Bundesregierung und in den Ländern in den Mittelpunkt des politischen Handelns. Wir stellen dar, was gute Bildung ist, welche Rahmenbedingungen sie braucht. Wir fordern gute Arbeitsbedingungen ein und stellen den Zusammenhang zu guter Bildung her. Von zentraler Bedeutung ist, dass wir den finanziellen Bedarf dafür aufzeigen und deutlich machen, dass wesentlich mehr Geld in die Bildung kommen muss. Wir setzen uns, auch im Hinblick auf die Bundestagswahl, für höhere Besteuerung von Kapital, Vermögen und hohen Einkommen ein. Das Geld ist vorhanden!

In allen Bundesländern ist die gleiche Entwicklung im Gang: Es soll gespart werden. Die Schuldenbremse gilt ab 2020. Im Interesse nachfolgender Generationen sollen die Haushalte saniert werden. Gleichzeitig wird überall über die zentrale Bedeutung von Bildung geredet. Überall betonen Politiker/innen Bildungsinvestitionen seien Zukunfts-

investitionen. Es sind Lippenbekenntnisse angesichts der geringen Bildungsausgaben in Deutschland im Vergleich zu den OECD-Staaten.

Den Schulen und Kitas werden seit Jahren zusätzliche Aufgaben übertragen. Hochschulen sind unterfinanziert und weiterhin geprägt von befristeten Verträgen. In der Weiterbildung regiert das Prekariat. Die Beschäftigten leiden unter Arbeitsverdichtung und Zeitdruck. Sie sind unzufrieden, weil unter diesen Bedingungen der Auftrag nicht gut genug erfüllt werden kann. Die Einkommensbedingungen verschlechtern sich.

Bildung braucht mehr Geld. Was bringt das Sparen für die Zukunft, wenn die Attraktivität des öffentlichen Dienstes weiter sinkt? Und was bringt das Sparen, wenn Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Elternhäusern keine bessere Perspektive erwartet? Wie können junge Menschen zu toleranten, selbstbewussten, demokratischen Menschen heranwachsen, wenn sich Schule – überspitzt formuliert – auf Schreiben und Rechnen reduziert.

Drei Aktionszeiträume

Für die Initiative sind bis zur Bundestagswahl drei übergeordnete Themen in drei Aktionszeiträumen von jeweils ca. zwei Wochen geplant: „Wertschätzung“ im November 2016, „Inklusion“ im Februar 2017 und „Arbeitsbelastung“ im April 2017. Die Landesverbände veranstalten Aktionen zu Unterthemen.

Die ersten Aktionen finden vom 14. bis 26. November statt. Die GEW in Baden-Württemberg legt in dieser Zeit den Schwerpunkt auf „Gleiches Geld für gleiche und gleichwertige Arbeit“ im Schul- und Hochschulbereich und „mehr Zeit für Leitungsaufgaben in der frühkindlichen Bildung“. In der nächsten b&w-Ausgabe und auch per E-Mail informieren wir die Mitglieder über die Aktionen und rufen zur Beteiligung auf.



Bildung. Weiter denken!

Mehr Geld für Bildung



GEW

Genug gespart! Bildung stärken!

// Seit Juli liegen die Eckpunkte für den ersten Haushalt der grün-schwarzen Koalition vor. Ministerpräsident Winfried Kretschmann hat die Marschroute festgelegt: „Grün-Schwarz wird auf Anheb die schwarze Null schaffen. Das geht nur mit einem ambitionierten Sparprogramm.“ Die GEW wehrt sich gegen diese Sparpolitik auf Kosten der Beschäftigten und der Bildung. //

Finanzministerin Sitzmann geht von einem strukturellen Defizit von 2,6 Milliarden Euro aus. Berücksichtigt man Steuermehreinnahmen, Überschüsse aus den Vorjahren und dass die Kosten für Geflüchtete niedriger als erwartet sind, bleibt ein Kürzungsbedarf von 800 Millionen Euro. Davon sollen 370 Millionen in den Ministerien eingespart werden. In welchem Umfang das Kultusministerium betroffen sein wird, ist derzeit noch unklar. Weitere 430 Millionen sollen wohl vor allem bei den Kommunen und bei Beamt/innen gekürzt werden.

Mittlerweile ist eine weitere geheime Nebenabsprache der Koalition mit Kürzungsmaßnahmen für die gesamte Legislaturperiode bekannt geworden. 500 Millionen Euro sollen durch Eingriffe bei der Besoldung und weitere 50 Millionen durch eine Absenkung des Pensionshöchstsatzes bei Beamt/innen gespart werden. Darüber hinaus sollen 5.000 Stellen abgebaut werden.

Es geht folglich um Kürzungen vor allem bei den Einkommen der Beschäftigten des Landes und auch in der Bildung. Auf diesem Weg soll 2017, um bis 2020 die Schuldenbremse einzuhalten, rund ein Drittel des strukturellen Defizits abgebaut werden. Dies hat Grün-Schwarz im Koalitionsvertrag zum zentralen politischen Ziel erklärt.

Ideologie der Schuldenbremse

Begründet wird diese Politik mit dem Hinweis im Koalitionsvertrag: „Grüne und CDU eint auch das Bestreben, die finanziellen Gestaltungsspielräume zukünftiger Generationen zu erhalten. [...] Wir wollen weder in finanzieller noch in ökologischer Hinsicht auf Kosten unserer Kinder leben.“ Diese Argumentation ist nicht neu und wird durch ständige Wiederholung nicht wahrer. Sie suggeriert, dass die Schulden des Landes daher rühren, dass die Bevölkerung, die Landesbeschäftigten oder die Jugendlichen „über ihre Verhältnisse“ gelebt hätten.

Die GEW weist dies entschieden zurück. Die Schulden der

öffentlichen Hand sind das Ergebnis einer jahrzehntelangen Umverteilungspolitik von unten nach oben. 1996 ließ z.B. die Regierung Kohl die Vermögenssteuer – eine Ländersteuer – auslaufen. Mitte der neunziger Jahre nahm das Land jährlich ca. 600 Millionen Euro an Vermögensteuer ein. Nach Berechnungen der GEW könnte Baden-Württemberg derzeit ca. 2,9 Milliarden Euro zusätzlich einnehmen. Seit 1996 stieg die Verschuldung um ca. 21 Milliarden Euro an – ein guter Teil des Schuldenanstiegs geht also auf das Auslaufen der Vermögenssteuer zurück.

Die Liste der Einnahmeausfälle der öffentlichen Hand durch Steuergeschenke, Schlupflöcher oder Steuerhinterziehung ließe sich beliebig verlängern. Allein die Steuerrechtsänderungen seit 1998 haben von 2000 bis 2010 bundesweit zu Steuerausfällen von mehr als 300 Milliarden Euro geführt. Profitiert haben vor allem Unternehmen, Vermögende, Spitzenverdiener/innen und reiche Erb/innen.

Auf der anderen Seite haben weder Ex-Ministerpräsident Günther Oettinger noch Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble – Miterfinder der Schuldenbremse – gezögert, Milliardenkredite aufzunehmen, um die Spekulationsverluste der LBBW auszugleichen oder Milliardenzuschüsse für die Banken oder den Euro aufzuspannen.

Diese Umverteilungspolitik hat die Löcher in den öffentlichen Haushalten gerissen. Mit Schulden wurden die Löcher gestopft. Und die nächste Runde wird bereits vorbereitet: So hat die CDU-Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung Steuersenkungen bis 2020 um mindestens 30 Milliarden Euro gefordert. Es ist schon mehr als zynisch, dass ausgerechnet die schärfsten Verfechter der Schuldenbremse die derzeit sprudelnden Steuereinnahmen dazu nutzen wollen, um erneut die Steuern zu senken. Den Vertreter/innen der Schuldenbremsenpolitik geht es nicht ernsthaft um solide Staatsfinanzen. Die ganze Debatte über die Schuldenbremse und eine nachhaltige Finanzpolitik entpuppt sich als bloße Ideologie, die dazu dient, die Folgen dieser Umverteilungspolitik mit Haushaltskürzungen auf die Bevölkerung und die Beschäftigten abzuwälzen und rechtfertigen zu können. Fakt ist, dass in Baden-Württemberg seit mehr als zwei Jahrzehnten ein Kürzungshaushalt nach dem anderen beschlossen wurde. Tatsächlich sind die Schulden alleine von 1990 bis 2014 von 18,9 auf 46,3 Milliarden Euro gestiegen. Ganz offen-

sichtlich muss man nach zwei Jahrzehnten Sparpolitik festhalten: Sparhaushalte führen keineswegs zu soliden Staatsfinanzen – im Gegenteil.

Die GEW hat deshalb die Schuldenbremse immer als untaugliches Mittel abgelehnt. Wir treten keineswegs für hemmungsloses Schuldenmachen ein. Wer aber ernsthaft solide Staatsfinanzen will, der muss zuallererst mit der Umverteilungspolitik von unten nach oben Schluss machen. Wir brauchen deshalb keine Schulden-, sondern eine Steuersenkungsbremse. Die GEW hat 2016 erneut ein Steuerkonzept vorgeschlagen. Allein für Baden-Württemberg würde das Konzept Mehreinnahmen von 5,5 Milliarden Euro bringen (vor allem Steuern auf Vermögen, Finanzprodukte und einen effektiven Steuervollzug). Insgesamt würde dadurch der Kürzungsdruck zur Einhaltung der Schuldenbremse entfallen und es könnten notwendige und sinnvolle Ausgaben z.B. im Bildungsreich getätigt werden.

Bei der Wiedereinführung der Vermögenssteuer oder der Reform der Erbschaftssteuer geht es nicht einfach um die Frage, wie die öffentliche Hand ein paar Euro mehr einnehmen kann. Es geht grundsätzlich darum, ob die Regierungen bereit sind, die von der Gesellschaft für notwendig erachteten öffentlichen Dienstleistungen – wie die Bildung – ausreichend zu finanzieren und dafür auch

große Kapitalvermögen und Einkommen heranzuziehen. Nach dem klaren Bekenntnis von Kretschmann zur Schuldenbremse kommt jetzt genauso klar die Ablehnung der Vermögenssteuer: „Die Vermögenssteuer bekommt man nicht hin, ohne dass es auf Kosten unserer Familienbetriebe geht. Deshalb bin ich strikt gegen die Vermögenssteuer.“ Hier wird im Kern eine neoliberale Wirtschafts- und Finanzpolitik vertreten, die in den vergangenen 25 Jahren massiv soziale Ungleichheit beförderte und regelmäßig zu Krisen führte.

Die Forderungen der GEW sind im Interesse der Bildung, der Zukunftschancen der jungen Menschen und der Beschäftigten in diesem Land notwendig und berechtigt. Die Forderungen der GEW sind finanzierbar. Wir brauchen aber eine Umkehr in der Finanz- und Steuerpolitik in diesem Land. Dafür wird die GEW mit der Initiative „Bildung. Weiter denken!“ streiten.

Mehr Infos unter:

www.gew.de/bildungsfinanzierung/gew-steuerkonzept

www.gew.de/weiter-denken

Impressum

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg, Silcherstr. 7, 70176 Stuttgart, Tel.: 0711-21030-0, E-Mail: info@gew-bw.de, Internet: www.gew-bw.de, Gestaltung: Werbeagentur Zimmermann GmbH, 60439 Frankfurt am Main

Oktober 2016

